

## **Antrag**

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Sabine Boeddinghaus, Martin Dolzer,  
Deniz Celik, Stephan Jersch, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann,  
Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Solidarität mit bedrohten und inhaftierten Bürgermeister/-innen,  
Abgeordneten und demokratischen Aktivisten/-innen in der Türkei**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtete am 24.10.2016 über schwere Folter in türkischen Gefängnissen und Polizeistationen – die Zivilgesellschaft in der Türkei ist massiven staatlichen Angriffen ausgesetzt.

In den letzten Wochen und Monaten erleben wir die Beseitigung der letzten Reste der Demokratie in der Türkei. Mit der Ausrufung und Verlängerung des Ausnahmezustandes wurden das Parlament entmachtet und Grundrechte ausgehebelt. Menschenrechte sowie Presse- und Meinungsfreiheit werden systematisch verletzt. Die Repression gegenüber der kurdischen Bevölkerung bis hin zu Kriegsverbrechen und der Zerstörung ganzer Stadtteile gegenüber den Medien, den demokratischen Kräften und gewählten Politikern/-innen nehmen kein Ende. Seit dem vermeintlichen Putschversuch wurden 160 Medien verboten, 37.000 Menschen festgenommen und über 100.000 Staatsbedienstete entlassen. Präsident Erdogan plant die Wiedereinführung der Todesstrafe.

In den Abendstunden des 25. Oktober wurden die beiden Ko-Bürgermeister der kurdischen Metropole Amed (Diyarbakir) Gültan Kışanak und Fırat Anlı und die Sprecherin der Dachorganisation der Freien Frauen, die Anwältin und ehemalige Abgeordnete Ayla Akat Ata festgenommen und inhaftiert. Über sie wurde eine fünftägige Kontaktsperre verhängt. Anlı und Kışanak waren bei den Kommunalwahlen 2014 mit knapp 55 Prozent Stimmanteil für die Friedens- und Demokratierpartei BDP gewählt worden. Beide wurden nun unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PKK inhaftiert. Ein typischer Vorwurf, mit dem die AKP-Regierung versucht, jegliche Opposition auszuschalten.

In der Nacht zum 04.11. 2016 sind die beiden Parteivorsitzenden der Oppositionspartei Halkların Demokratik Partisi (HDP) Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, sowie neun weitere Abgeordnete der HDP festgenommen worden. Gegen die Mehrheit von ihnen wurden Haftbefehle erlassen. Möglich wurden die Verhaftungen, da das Parlament im Mai 2016 die Immunität der Abgeordneten aufgehoben hatte. Damit befindet sich fast die gesamte Parteiführung der HDP in Polizeigewahrsam.

Die Großstadt Diyarbakir, die eine Metropole ist und in etwa so viele Einwohner/-innen hat wie Hamburg, wird nun wie 28 weitere Städte in den letzten drei Monaten unter Zwangsverwaltung durch die AKP-Regierung gestellt. Der Großteil der Stadtverwaltungen in der kurdischen Region der Türkei befindet sich unter der Verwaltung der Partei der Demokratischen Regionen BDP, der regionalen Schwesterpartei der HDP. 24 der abgesetzten Bürgermeister/-innen gehören der BDP an, ein Großteil von ihnen ist inhaftiert. Auch der Hamburger Burhan Kocaman, seit 2014 Bürgermeister der Stadt Karakoçan, wurde Ende September verhaftet und sitzt seitdem im Gefängnis. Die türkische Regierung versucht offensichtlich, die Präsenz jeglicher Opposition in den Rathäusern wie auch auf der Straße mit aller Gewalt zu beenden und untergräbt auf diese Weise den gesellschaftlichen Frieden. Das ist ein massiver Angriff auf den

demokratischen Willen der Bevölkerung. Die Bevölkerung und die Bürgermeister/-innen brauchen unseren Schutz und unsere Solidarität.

30 schwedische Bürgermeister/-innen haben einen gemeinsamen Brief an die türkische Botschaft in Schweden geschickt und solidarisieren sich mit den inhaftierten Bürgermeistern/-innen. Mit einem gemeinsamen Antrag »Schutz von bedrohten Menschenrechtsverteidigern« hat sich der Bundestag im Jahr 2003 fraktionsübergreifend verpflichtet, Menschenrechtsverteidigern und bedrohten Parlamentariern international beizustehen. Seitdem übernehmen Bundestagsabgeordnete Patenschaften für bedrohte Parlamentarier/-innen weltweit. Als Paten/-innen nehmen sie Kontakt auf und sprechen das Thema zum Beispiel bei Auslandsreisen an, begleiten Prozesse oder besuchen Verfolgte im Gefängnis.

Auch Hamburg kann ein Zeichen setzen, indem ein Patenschaftsprogramm für inhaftierte und bedrohte Bürgermeister/-innen entwickelt wird und auch andere Bürgermeister/-innen bundesweit parteiübergreifend dafür gewonnen werden, Patenschaften zu übernehmen.

**Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. sich beim türkischen Generalkonsul in Hamburg und bei der türkischen Regierung in Ankara für die Freilassung der inhaftierten Bürgermeister/-innen und Abgeordneten in den kurdischen Provinzen der Türkei und der Sprecherin der Dachorganisation der Freien Frauen, der Anwältin Ayla Akat Ata, einzusetzen.
2. sich beim türkischen Generalkonsul in Hamburg und bei der türkischen Regierung in Ankara für die Wahrung der Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit, Achtung der Demokratie und Wiedereinsetzung der demokratisch gewählten Bürgermeister/-innen einzusetzen.
3. Kontakte zu den Bürgermeister/-innen von Diyarbakir, Gültan Kışanak und Fırat Anlı beziehungsweise der sie momentan vertretenden Stadtverwaltung zu suchen, um zum Schutz der Demokratie partnerschaftliche Projekte (zum Beispiel im Bereich der Jugend und der Kultur) aufzubauen.
4. ein Patenschaftsprogramm „Bürgermeister/-innen helfen Bürgermeistern/-innen“ zu initiieren, eine Patenschaft zu übernehmen und andere Bürgermeister/-innen für das Programm zu gewinnen.